Studierendenschaft der Universität Hamburg

Vorlage 2627/**032**

- Studierendenparlament -

Wahlperiode 2026/2027 11. Oktober 2026

Sachantrag

der Fraktion Internationaler Jugendverband (IJV)

Solidarität mit den Bildungsprotesten in Frankreich

Das Studierendenparlament möge beschließen:

Petitum

Das Studierendenparlament der Universität Hamburg erklärt sich solidarisch mit den derzeit stattfindenden Protesten von Schüler:innen, Studierenden, Lehrkräften, Eltern und Gewerkschaften in ganz Frankreich.

Die Proteste richten sich gegen den umfassenden staatlichen Sparkurs und die damit verbundenen Kürzungen im Bildungs- und Sozialbereich. Die französische Regierung plant erhebliche Einsparungen, während Schulen und Hochschulen bereits heute unter fehlendem Personal, überfüllten Klassen, maroden Gebäuden, mangelnder Ausstattung und unzureichender psychologischer, medizinischer und sozialer Unterstützung leiden.

Seit Mitte September protestieren Schüler:innen und Studierende gegen diese miserablen Arbeits-, Lehr-, Lern- und Studienbedingungen. Die Bewegung hat sich inzwischen landesweit ausgeweitet. Gemeinsam mit Lehrkräften, Eltern und Gewerkschaften fordern sie einen zehn Milliarden Euro umfassenden Notfallplan zur Rettung des französischen Bildungswesens.

Im Mittelpunkt stehen:

- die sofortige Besetzung offener Stellen und ein Ende des Lehrkräftemangels;
- der Erhalt und Ausbau von Personal in Bildung, Psychologie, Medizin und Sozialarbeit;
- kleinere Klassen und verbindliche Obergrenzen für Klassengrößen;
- die Sanierung maroder Schul- und Hochschulgebäude;eine ausreichende Ausstattung mit Lehrmaterialien und funktionierenden sanitären Anlagen;
- die Abschaffung sozial selektiver Studienplatzvergabesysteme wie Parcoursup und Mon Master;
- die Rücknahme erhöhter Studiengebühren für Studierende aus Nicht-EU-Staaten;
- der Ausbau von Stipendien, Wohnhilfen und weiteren sozialen Unterstützungsleistungen;

- humane Stundenpläne und eine bessere Vereinbarkeit von Schule, Studium und Leben.

Die Forderungen richten sich gegen eine Bildungspolitik, die soziale Selektion, Diskriminierung und Privatisierung vorantreibt. Die Protestierenden kämpfen für das Recht aller Menschen auf gute, zugängliche und diskriminierungsfreie Bildung.

Insbesondere verurteilen wir die polizeiliche Räumung einer studentischen Vollversammlung an der Universität Sorbonne Nouvelle in Paris sowie jede weitere Repression gegen die Bildungsproteste. Das Recht auf Versammlung, politische Organisierung und Protest darf nicht eingeschränkt werden, weil Schüler:innen und Studierende gegen schlechte Bildungsbedingungen und eine unsoziale Regierungspolitik aufbegehren. Statt Repression braucht es politische Antworten und eine ausreichende öffentliche Finanzierung des Bildungswesens.

Auch in Deutschland ist das Bildungssystem von Kürzungen, Personalmangel, prekären Arbeitsbedingungen und einem erheblichen Investitionsstau betroffen. Überfüllte Seminare, fehlende Dozierenden, Entlassungen von Schulbegleiter:innen und steigende finanzielle Belastungen erschweren vielen Menschen den Zugang zu Bildung.
Die Bildungsnotstände in Frankreich und Deutschland haben gemeinsame Ursachen: Regierungen stellen Schuldenabbau, Wettbewerbsfähigkeit und die Interessen von Finanzmärkten und Unternehmen über Bildung, soziale Infrastruktur und öffentliche Dienstleistungen. Bildung darf jedoch nicht dem Spardiktat unterworfen werden. Sie ist eine gesellschaftliche Grundlage und muss allen Menschen unabhängig von Herkunft, Einkommen und Aufenthaltsstatus offenstehen.

Das Studierendenparlament der Universität Hamburg erklärt daher:

- Wir solidarisieren uns mit den Protesten der Schüler:innen, Studierenden, Lehrkräfte, Eltern und Gewerkschaften in Frankreich.
- Wir unterstützen die Forderungen nach mehr Personal, kleineren Klassen, ausreichenden Ressourcen und guten Bildungs- und Arbeitsbedingungen.
- Wir unterstützen den geforderten zehn Milliarden Euro umfassenden Notfallplan für das französische Bildungswesen.
- Wir wenden uns gegen Kürzungen im Staatshaushalt und insbesondere gegen Einsparungen im Bildungsbereich und fordern eine Ausfinanzierung
- Wir fordern die unverzügliche Sanierung und ausreichende Ausstattung aller Bildungseinrichtungen.
- Wir unterstützen den Kampf gegen soziale Selektion und Diskriminierung im Hochschulzugang sowie gegen erhöhte Studiengebühren für internationale Studierende.
- Wir fordern den Erhalt und Ausbau von Stipendien, Wohnhilfen und weiteren sozialen Unterstützungsleistungen.
- Wir verurteilen die Räumung der studentischen Vollversammlung an der Universität Sorbonne Nouvelle sowie jede weitere Repression gegen die Protestierenden.
- Wir fordern die Achtung des Rechts auf Versammlung, politische Organisierung und Protest.
- Wir setzen uns für ein öffentlich finanziertes, inklusives und demokratisches Bildungssystem ein.

Wir rufen Studierende, Schüler:innen, Lehrkräfte und Beschäftigte dazu auf, sich zu vernetzen und gemeinsam gegen Kürzungen, Personalmangel, soziale Selektion und Privatisierung im Bildungsbereich aktiv zu werden.

Das Studierendenparlament der Universität Hamburg steht hinter den berechtigten Forderungen der Protestierenden und erklärt sich solidarisch mit ihrem Kampf für gute Bildungsbedingungen und ein Bildungssystem, das allen Menschen offensteht. Das Studierendenparlament unterstützt daher den kommenden Aktionstag in Frankreich am 17. Oktober und ruft alle Mitglieder der Universität Hamburg dazu auf, sich an den Aktionen für die Ausfinanzierung der Uni Hamburg und des Hamburger Bildungswesen einzusetzen.

Begründung

s.o.